

Das Möllner Sozialforum unterstützt die Entschlossenheit, mit der die VertreterInnen von Selbsthilfegruppen, sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen auf der Kundgebung am 17. Juni vor dem Landeshaus in Kiel ihren Protest gegen die asozialen „Sparbeschlüsse“ der CDU-FDP-Regierung zum Ausdruck brachten. Unter dem Motto „Das Soziale darf nicht untergehen“ wurde für alle deutlich gemacht, welche Folgen die unseligen Kürzungen im Bereich der Selbsthilfe haben werden. Dieses bereits überwiegend auf Selbsthilfe, Eigeninitiative und auf dem Prinzip von ehrenamtlicher Tätigkeit beruhende Netz von über 1500 Gruppen, von Einrichtungen sowie deren Organisation und Koordinierung durch Kontaktstellen wird so nicht weiter existieren können, wenn bis zu 40% der öffentlichen Zuschüsse gestrichen werden. Das freiwillige, soziale Engagement in diesem System, das in Eröffnungsreden zu Ehrenamtsmessen und bei Auszeichnungen durch die christlich-liberale Regierung nicht hoch genug gerühmt wird, erhält so für viele Gruppen und Menschen, die darauf in ihren jeweiligen Notlagen existenziell angewiesen sind, den Todesstoß.

Immer mehr Menschen werden in Armutslagen, in die sie durch die global und neoliberal ausgerichtete Politik und die Finanzkrise hinein geraten, krank; Selbsthilfeeinrichtungen fördern den Gedanken der Rehabilitation und Prävention außerhalb kostenintensiver Therapieeinrichtungen und tragen somit dazu bei, Kranken- und Sozialkassen zu entlasten. Wer hier „sparen“ will, auf der anderen Seite aber die Reichsten schont und Steuer-Milliarden in die von gewissenlosen Bankern und zu allem bereiten Politikern gerissenen Haushaltslöcher schaufelt, handelt gewissen- und verantwortungslos. Haben Kranke und Hilfebedürftige bei den Christlich-Liberalen keinen Anspruch auf einen „Rettungsschirm“?

Der Rettungsring, das Symbol dieser Protestdemonstration, das die Politiker im „Hohen Haus“ an die bedrohliche Situation vieler Menschen im Lande erinnern sollte, konnte allerdings den Landessozialminister Garg(FDP) auch nicht mehr in der Welle der Empörung retten, die über ihm zusammenschlug, als er versuchte, das Regierungs-Handeln vor den vielfach Betroffenen zu rechtfertigen. Es kann niemand erwarten, dass vom Leid betroffene, die sich in ihrer gesundheitlichen und/oder finanziellen Not in solchen Selbsthilfeeinrichtungen gut beraten und aufgehoben fühlen, ruhig bleiben, wenn ihnen von einem hochbezahlten „Sozial“-Minister erklärt wird, dass die jetzt noch lebenden Generationen auf weitere Hilfe und Unterstützung wie gewohnt verzichten müssen zugunsten dem Wohlergehen zukünftiger Generationen.

In diesem gesellschaftlichen Bereich bröckelt nicht nur der Putz, hier brechen ganz elementare Bereiche des sozialen Zusammenhalts; gerade hier wäre es notwendig, Gelder, die woanders in sogenannten „Leuchtturm-Projekten“ vergraben werden, zu investieren; hier bei uns in Mölln muss man vermuten, dass der geplante Wildparkeingang nur die Augen der Regierungsparteien und die der CDU-Orts-, Kreis- und Landesfürsten zum Leuchten bringt; der zwangsläufige Finanzierungsanteil der Stadt reißt noch größere Löcher in einen eh schon defizitären Haushalt und führt schon jetzt zu sozialen Kürzungen.